

Eisenstadt, am 28.01.2016

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter
betreffend **„sicherheitspolitische Maßnahmen bei Straffälligkeit im
Asylverfahren und abgelehnten Asylansuchen sowie sofortige
Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlingsen“**

Europa ist derzeit mit einer enormen Flüchtlings- und Migrantenwelle konfrontiert. Die EU erwartet bis Ende 2016 rund 3 Millionen Flüchtlinge. In Österreich wurden im Jahr 2015 rund 100.000 Flüchtlinge aufgenommen. Bis November 2015 wurden 7.424 Asylwerber aufgrund eines negativen Bescheides abgeschoben. Das stellt lediglich einen Gegenwert von 7,4 Prozent zu den knapp 100.000 neu gestellten Asylanträgen im Jahr 2015 dar. In Österreich werden Asylverfahren und Strafverfahren getrennt geführt. Im Augenblick wird kein Asylberechtigter oder Asylwerber, von dem trotz einer Straftat keine Gefahr für die Gemeinschaft ausgeht, des Landes verwiesen. Darüber wird im Asylverfahren entschieden. Allerdings kann die Person nicht mehr um die Staatsbürgerschaft ansuchen.

Ähnlich ist das bei subsidiär Schutzberechtigten. Das subsidiäre Schutzrecht wird immer nur befristet erteilt. Wenn jemand eine Straftat begeht, kann es sein, dass das Schutzrecht nicht verlängert wird. Einen Extremfall stellen etwa „defacto nicht abschiebbare Flüchtlinge“ dar, die trotz negativen Asylbescheiden sowie kapitalen Verurteilungen und Haftstrafen in Österreich nicht in ihre Heimatländer zurückgewiesen werden können. Auslieferungsabkommen – wie sie derzeit von der EU-Kommission bislang noch ohne Ergebnis mit Algerien und Marokko verhandelt werden – sind dementsprechend zu begrüßen. Die Rückführung nicht schutzbedürftiger Flüchtlinge muss oberste Priorität

haben da Österreich die Flüchtlingsproblematik nicht weiter stemmen kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. Wirtschaftsflüchtlinge sofort abgewiesen und in ihr Heimatland abgeschoben werden,
2. die rechtliche Möglichkeit des Verwirkens des Asylrechts bei Straftaten geschaffen wird, und
3. die EU-Kommission bei den aktuellen Verhandlungen bezüglich eines Rücknahmeabkommens mit Algerien und Marokko von Seiten Österreichs bestmöglich unterstützt wird und im Falle des Scheiterns die Bundesregierung selbst in Verhandlungen tritt.

Manfred Kölly

Gerhard Hutter